



Versprochen – gebrochen

Nur 46 Prozent der 40 000 Polizeibeamten in NRW sollen nach den Plänen der rot-grünen Landesregierung in diesem und im kommenden Jahr dieselbe Einkommenserhöhung erhalten wie die Tarifbeschäftigten. Für Polizisten in den Besoldungsgruppen A 11 und A 12 soll es 2013 und 2014 nur ein Prozent mehr geben – bei einer Inflationsrate von 1,8 Prozent alleine in diesem Jahr. Die Führungskräfte ab A 13 sollen sogar ganz leer ausgehen. Für die GdP ist das ein massiver Wortbruch. Vom 20. bis 22. März, nur zwei Tage nach dem Bekanntwerden der Kürzungspläne von Rot-Grün, hatte die GdP deshalb zu einer dreitägigen Mahnwache vor dem Düsseldorfer Landtag aufgerufen. Seitdem rollt eine Protestwelle durch das ganze Land.

Egal ob in Dortmund oder Siegen, in Düsseldorf, Hamm oder Jülich – überall dort, wo Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Innenminister Ralf Jäger (SPD) in den vergangenen Wochen offizielle Termine wahr genommen haben, sind sie auf protestierende Polizisten gestoßen, denn die Wut über den von Rot-Grün begangenen Wortbruch ist groß. Auch vor den örtlichen Wahlkreisbüros der SPD und vor größeren Polizeidienststellen gab es erste Mahnwachen, in Steinfurt und Ahlen ebenso wie in Herford oder vor dem LZPD in Duisburg. Eine Aktionsform, die die GdP gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes bis zur Bundestagswahl am 22. September fortsetzen will. Größere Aktionen sind bei den 1.-Mai-Demonstrationen geplant, vor allem beim Auftritt von Hannelore Kraft in Duisburg, und während der Beratungen der Gesetzesnovelle zur Beamtenbesoldung im Landtag.

Nach dem bisherigen Planungsstand der Landesregierung soll die erste Lesung des Besoldungsanpassungsgesetzes am 15.

en gefallen. In der Hoffnung, dass die Lehrer zu diesem Zeitpunkt in Urlaub sind und Widerstand der Gewerkschaften deshalb

erst gar nicht aufkommen würde. Ein Irrtum, wie Rot-Grün inzwischen weiß.

Das erklärt auch, warum führende Vertreter der Landesregierung inzwischen ausgesprochen dünnhäutig reagieren, wenn sie auf den von ihnen begangenen Wortbruch angesprochen werden. Zum einen behaupten sie, dass Rot-Grün gar keinen Wort-



bruch begangen hätte, weil sich die Landesregierung während der laufenden Tarifrunde nicht öffentlich festgelegt habe, wie sie sich bei der Übernahme des Ergebnisses verhalten wird. Zum anderen seien die Einsparungen bei den Beamten alternativlos, weil sonst ein massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst unvermeidbar sei. Beides ist falsch.

Zwar haben rot-grüne Spitzenpolitiker sorgfältig darauf geachtet, sich im un-

bruch begangen hätte, weil sich die Landesregierung während der laufenden Tarifrunde nicht öffentlich festgelegt habe, wie sie sich bei der Übernahme des Ergebnisses verhalten wird. Zum anderen seien die Einsparungen bei den Beamten alternativlos, weil sonst ein massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst unvermeidbar sei. Beides ist falsch.

Zwar haben rot-grüne Spitzenpolitiker sorgfältig darauf geachtet, sich im un-

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

mittelbaren Umfeld der Tarifverhandlungen nicht öffentlich zu den Beamten zu äußern, aber aus den Monaten davor gibt es zahlreiche Ankündigungen einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses. So hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft noch Ende 2011 in einem Schreiben an den Beamtenbund erklärt, dass sie sich der schmerzlichen

Einschnitte bei der Besoldung in den zurückliegenden Jahren bewusst sei, um dann mit Blick auf die künftige Tarifrunde festzustellen: „Ich kann Ihnen aber versichern, dass die Landesregierung keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenbesoldung plant“. Finanzminister Norbert Walter-Borjans hatte er-

gänzend dazu im April vergangenen Jahres gegenüber die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di erklärt: „Wenn die Entscheidung für 2013 ansteht, wird es wieder Stimmen aus CDU und FDP geben, dass man da etwas einsparen kann. Ich finde, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist.“ Arbeitsminister Guntram Schneider hat das Versprechen der Landesregierung, den Beamten keine weiteren Sonderopfer aufzubürden, noch kürzer auf den Punkt gebracht. Im ver.di-Infodienst „Bund und Länder“ sagte er auf die Frage, ob die Beamten auch in Zukunft mit einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses rechnen können: „Selbstverständlich ist damit zu rechnen.“

Auch die Behauptung der Landesregierung, sie habe vor der Alternative gestanden, entweder den Tarifabschluss 1:1 zu übernehmen, oder 14 300 Stellen abzu-

bauen, ist falsch. Sie verkennt die Tatsache, dass es schon aufgrund der demografischen Entwicklung in den kommenden Jahren ohnehin in vielen Bereichen zu einem deutlichen Arbeitsplatzabbau kommen wird. Alleine bei der Polizei werden ohne eine erneute Erhöhung der Einstellungszahlen bis 2025 fast 4000 Stellen verloren gehen (siehe Grafik S. 4). Vergleichbare Entwicklungen gibt es auch in anderen Bereichen. Hinzu

Um den Beamten trotzdem ein erneutes Sonderopfer aufzuzwingen, hat Rot-Grün in seiner öffentlichen Argumentation vor allem an Sozialneid-Gefühle gegenüber den Beamten appelliert. Die Gehaltskürzungen trafen nur Spitzenbeamte, erklärten die Vertreter von SPD und Bündnis 90/Die Grünen immer wieder. Die Einschnitte seien zwar bedauerlich, aber für die Betroffenen vertretbar. Auch das ist falsch, denn die geplanten

Einschnitte treffen bei der Polizei nicht nur die Spitzenverdiener, sondern die Mehrheit der Beamten. Die „starken Schultern“, für die nach Meinung von Rot-Grün ein erneuter Reallohnverlust verkraftbar ist, fangen bereits bei A 11 an. In NRW liegt das Bruttoeinkommen dort einschließlich Familienzuschlag im Schnitt bei 3300 Euro. Das ist kein Hungerlohn,

aber von einem Spitzenverdienst ist das weit entfernt. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Reallohnverluste hinnehmen mussten, weil die Tarifierhöhungen noch nicht einmal die Inflationsrate ausgeglichen haben.

Auch im Vergleich zur Privatwirtschaft ist der öffentliche Dienst immer mehr zurückgefallen. In den vergangenen zehn Jahren sind die Einkommen im öffentlichen Dienst zudem deutlich geringer gestiegen als in der Privatwirtschaft. Auch das erklärt, warum die von Rot-Grün angestoßene Neiddebatte in der Öffentlichkeit bisher nicht verfangen hat. Bei einer Umfrage der Rheinischen Post entschieden sich Mitte April auf die Frage, „Sollen Polizisten Ihrer Meinung nach mehr verdienen?“, 77 Prozent für „Ja“, nur 23 Prozent für „Nein?“.



Seit dem 20. Mai protestiert die GdP mit Mahnwachen gegen den Wortbruch der Landesregierung.

kommt, dass Rot-Grün mit geschönten Zahlen rechnet. Die Landesregierung argumentiert, dass eine vollständige Übernahme des Tarifabschlusses das Land zusätzlich 710 Millionen Euro gekostet hätte.

Das sei angesichts der leeren Kassen nicht finanzierbar. Sie unterschlägt dabei, dass die Mehrausgaben in diesem Jahr nicht bei 710 Millionen Euro liegen, sondern bei 330 Millionen Euro. Die restlichen 380 Millionen Euro kommen erst 2014 hinzu. Zudem unterschlägt Rot-Grün, dass das Land in den kommenden Jahren mit deutlich steigenden Steuern rechnen kann. Bis 2014 steigen die Einnahmen des Landes um 4,9 Milliarden Euro auf dann 62,0 Milliarden Euro. Selbst bei einer 1:1-Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten würde es also bei einem weiteren Abbau der Neuverschuldung bleiben.





Wir lassen uns nicht spalten!

710 Millionen Euro hätte es gekostet, wenn das Land den Tarifabschluss nicht nur für die unteren Besoldungsgruppen übernommen hätte, sondern für alle Beamten. Geld, das nicht vorhanden sei. Deshalb habe Rot-Grün vor der Alternative gestanden, die Tarifierhöhung nur für die unteren Besoldungsgruppen zu übernehmen, oder Tausende von Stellen im öffentlichen Dienst zu streichen und die Altersvorsorgung der Beamten radikal zu kürzen – so oder ähnlich versuchen landauf, landab führende Vertreter von Rot-Grün ihren Wortbruch schönzureden. Die Entscheidung, dass nur die unteren Besoldungsgruppen von der Tarifierhöhung profitieren, sei eine soziale Komponente, sagen sie.

Mit der Realität hat das alles nichts zu tun. Bei der Polizei gibt es keine Stellen, die gestrichen werden können. Es sei denn, der Schutz vor Mord und Totschlag, vor Betrügern und Einbrechern gehört nicht mehr zu den Kernaufgaben des Staates. Das weiß übrigens auch die Landesregierung. Nicht von ungefähr hat Rot-Grün auf Druck der GdP gerade erst die Zahl der Neueinstellungen erhöht. Und in den Schulen und Finanzämtern sieht es nicht anders aus. Es sei denn, das Bildungsniveau, unser wichtigster Rohstoff, ist plötzlich nichts mehr wert, und die Steuereinnahmen sind für die Haushaltssanierung reine Nebensache. Denn Steuern fließen ohne Finanzbeamte nicht. Auch bei der Altersversorgung der Beamten lässt sich nicht beliebig herummanipulieren. Schon aus Verfassungsgründen nicht.

Die Alternative, die Rot-Grün als Rechtfertigung für seinen Wortbruch präsentiert, ist also eine Scheinalternative. Sie soll davon ablenken, dass das Defizit des Landes hausgemacht ist: 900 Millionen will das Land alleine 2014 als Risikovorsorge für das WestLB-Desaster in den Haushalt einstellen. 2015

sollen es weitere 705 Millionen Euro sein, 2016 noch einmal 850 Millionen. Zahlen, die verdächtig nahe bei den 710 Millionen Euro liegen, die Rot-Grün jetzt bei den Beamten sparen will. Ein Schelm, der sich Böses dabei denkt.

Verheerend ist aber nicht nur das Versagen der Politik beim WestLB-Desaster, sondern die Steuerpolitik insgesamt, die Reiche schon und alle anderen immer mehr bluten lässt. 71 Milliarden Euro gehen nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung dem Staat jedes Jahr alleine durch die seit 1999 beschlossenen Steuer- und Sozialreformen verloren, vor allem zugunsten der Vermögen und der Kapitaleinkünfte. Schon diese Zahl zeigt, wie dringend eine andere Steuerpolitik ist – statt die Folgen des Problems auf die Beamten abzuwälzen.

Der Versuch, die Beamten für die verfehlte Finanz- und Steuerpolitik haftbar zu machen, ist auch deshalb inakzeptabel, weil die rot-grüne Landesregierung damit einen Keil in die Polizei treibt. Sie versucht, die Führungskräfte der Polizei zu stigmatisieren, weil sie aufgrund ihrer herausgehobenen Funktion und ihrer besonderen Verantwortung eine höhere Besoldung erhalten. Wer so handelt, greift die Polizei insgesamt an. Er stellt den Grundsatz infrage, dass sich auch bei der Polizei Leistung lohnen muss.

Die GdP wird dieser falschen Politik ihren massiven Widerstand entgegensetzen. Wir wissen, dass sich Rot-Grün veranrannt hat. Wir wissen auch, dass es Zeit braucht, bis die führenden Vertreter von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Mut finden, ihren Fehler wieder zu korrigieren. Wenn die Landesregierung diesen Schritt gehen will, steht die GdP als Gesprächspartner bereit. Aber einer „Basta-Politik“ gilt unser entschiedener Widerstand.

Arnold Plickert, Landesvorsitzender

Zeitfenster für Aufgabenkritik nutzen!

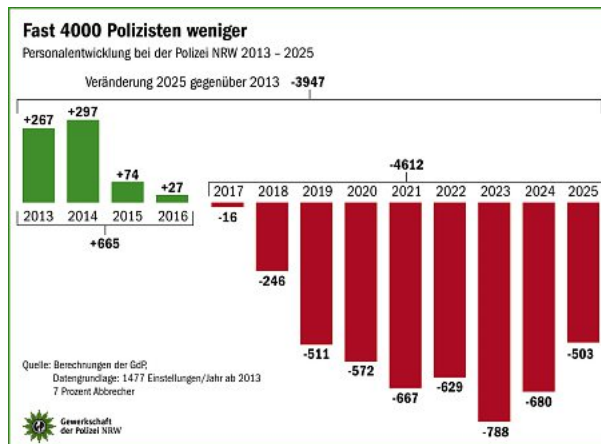
Durch die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, die Zahl der Einstellungen von 1400 auf 1477 zu erhöhen (DP 4/2013), stehen in den kommenden vier Jahren in NRW 665 Nachwuchspolizisten mehr zur Verfügung, als ältere Kolleginnen und Kollegen aus dem Dienst ausscheiden. Spätestens ab 2019 verkehrt sich die Entwicklung allerdings ins Negative, weil dann der Vorlauf der Mehrereinstellungen verbraucht ist. Die GdP dringt deshalb darauf, dass die Landesregierung die kommenden drei Jahre nutzt, um zu einer nachhaltigen Aufgabenkritik für die Polizei zu kommen.

„Es ist gut, dass wir durch die erneute Erhöhung der Einstellungszahlen ein Zeitfenster gewonnen haben, um intensiv über die notwendige Personalstärke der Polizei nachzudenken“, betonte nach der Entscheidung der Landesregierung der nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Arnold Plickert. Zugleich stellte er

aber klar, dass die Politik das Zeitfenster nutzen muss, um zu entscheiden, wie viele Polizistinnen und Polizisten erforderlich sind, damit der Staat auch in Zukunft die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann.

„Die GdP wird sich aktiv an der dazu notwendigen Diskussion beteiligen“, kündigte der GdP-Vorsitzende an, „aber jetzt liegt der Ball erst einmal im Feld der Politik. Sie muss erklären, was sie will.“ Zugleich erinnerte Plickert daran, dass das Zeitfenster, das sich durch die zusätzlichen Einstellungen ergeben hat, nicht allzu groß ist. Bis 2025 gehen in NRW fast 4000 Polizisten

mehr in Ruhestand als junge Polizisten als Ersatz nachwachsen. Spätestens ab 2016 steht deshalb wegen des dreijährigen Ausbildungsvorlaufs die Zahl der Einstellungen erneut auf der Tagesordnung.



Wir sind die GdP

Die GdP ist immer so stark, wie ihre Politik von den Mitgliedern vor Ort mitgetragen wird. Die enge Vernetzung der Arbeit des Landesvorstands und der Kreisgruppen ist eine wichtige Voraussetzung dafür. Seit zwei Jahren bietet der Landesbezirk deshalb den Kreisgruppen die Möglichkeit, den Internetauftritt des Landesbezirks für die Gestaltung der Kreisgruppen-Homepage zu nutzen. Der Vorteil: Nicht alle Inhalte der Homepage müssen vor Ort noch einmal neu entwickelt werden. Und das Design der verschiedenen GdP-Auftritte im World Wide Web ist immer das Gleiche. 34 Kreisgruppen und ein Bezirk nutzen die Möglichkeit bereits.

Am 11. April haben sich auf Einladung des Landesbezirks die Macher der Kreisgruppenseiten erstmals zu einer landesweiten Webredakteurskonferenz im IG-Metall-Bildungszentrum in Sprockhövel getroffen. Um gemeinsam an der Weiterentwicklung der Seiten zu arbeiten und um ihre Ideen untereinander auszutauschen. Für Gabi Schmidt, die seit einem halben Jahr für den Internetauftritt der Kreisgruppe Bergisches Land verantwortlich ist, war es eine spannende Erfahrung. „Wer neben dem Beruf eine Homepage betreut, hat nicht immer die Zeit dafür zur Verfügung, die er gerne hätte. Und er ist darauf angewiesen, dass die anderen politisch Aktiven ihn re-



gelmäßig mit Informationen versorgen. Es war interessant zu beobachten, wie die anderen Webredakteure das Problem lösen.“ Ernst Herget von der Kreisgruppe Hagen fand vor allem die Idee interessant, sich stärker mit den anderen Internetmachern zu vernetzen. „Das hilft bei vielen Problemen echt weiter“, meint er. Die Webredakteurstagung soll in Zukunft jedes Jahr stattfinden.

Verschlechterungen beim Sporterlass abgewehrt

Wenn es um das Sparen geht, kennt die Fantasie im Innenministerium offenbar keine Grenzen. Anders ist es nicht zu erklären, warum die Ministeriumsspitze Anfang März den Entwurf für einen neuen Sporterlass vorgelegt hat, mit dem offiziell lediglich die seit dem Jahresbeginn geltenden neuen Voraussetzungen für das Sportabzeichen eingearbeitet werden sollten, der in Wirklichkeit aber zu erheblichen Verschlechterungen zu Lasten der Beschäftigten geführt hätte. Geplant war zum Beispiel, die Zeitgutschrift, die Polizeibe-

amte bislang beim erfolgreichen Bestehen des Leistungstests der Polizei, des EPLA in Bronze und des Sportabzeichen in Bronze bekommen, halbiert wird. Zudem sollten Ansprüche der Beschäftigten, die sich aus dem Behördlichen Gesundheitsmanagement ergeben, aus dem Sporterlass gestrichen werden. Auch Fürsorgemaßnahmen des Arbeitgebers wie ärztliche Vorsorgeuntersuchungen und Trainingsberatung sollten entfallen. Zudem waren mehrere, inhaltlich nicht nachvollziehbare Veränderungen am Leistungstest der Poli-

zei geplant. Inzwischen ist der Entwurf für den neuen Sporterlass vom Tisch. Er war nicht nur im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) auf massiven Widerstand gestoßen, sondern auch auf großes Unverständnis in den Behörden. „Dass der Entwurf gescheitert ist, ist gut, denn mit konzeptionslosem Sparen lässt sich der katastrophal hohe Krankenstand bei der Polizei nicht bekämpfen“, betont GdP-Vorstandsmitglied Rainer Peltz, der für den PHPR die Verhandlungen mit dem Innenministerium geführt hat.

Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 · 47805 Krefeld
Tel.: 021 51/4 99-0 · Fax 499 299



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 5. Irmgard Franke, Winterberg
- 6. 5. Josef Kraft, Eynatten
- 12. 5. Waltraud Brand, Essen
- 16. 5. Margarete Breuer, Wegberg
Georg Overes, Lüdinghausen
- 19. 5. Artur Hellnig, Oberhausen
- 23. 5. Günter Rosenberger, Solingen
- 24. 5. Heinrich Bonsels, Waldfeucht
- 28. 5. Waldemar Heylandt, Merzenich
Inge Killich, Gelsenkirchen
- 30. 5. Maria Pullmann, St. Veith

91. Geburtstag

- 2. 5. Josef Lennartz, Erkelenz
- 4. 5. Hildegard Ott, Wuppertal
- 7. 5. Liselotte Weider, Hilden
- 8. 5. Frieda Tholen, Enger
- 9. 5. Lothar Bussmann, Bad Lippspringe
- 13. 5. Edith Afflerbach, Hagen
Gerhard Rosarius, Bonn
- 15. 5. Karl Rost, Köln

- 16. 5. Maria Tappe, Pforzheim
- 18. 5. Alice Fingerhut, Soest
Werner Gebauer, Bochum
- 24. 5. Wilhelm Dressen,
Mönchengladbach
- 28. 5. Wilhelm Steinhaus, Plettenberg

92. Geburtstag

- 10. 5. Erna Klingenburg, Mülheim
- 11. 5. Gerda Klein, Bochum
Hildegard Woiczik, Dortmund
- 24. 5. Else Hummeltenberg,
Hückeswagen
Elisabeth Menzel, Siegen
- 30. 5. Ruth Franciszkowski, Dortmund
- 31. 5. Hanna Knollmann, Gütersloh

93. Geburtstag

- 3. 5. Marianne Dievernich, Essen
- 6. 5. Eduard Achnitz, Mülheim
- 10. 5. Adalbert Schaffner, Osnabrück

94. Geburtstag

- 8. 5. Maria Erika Schneider, Wuppertal
- 23. 5. Cäcilie Alex,
Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25. 5. Magdalene Kromer, Leichlingen
- 26. 5. Elsbeth Pohl, Moers

95. Geburtstag

- 9. 5. Fritz Scheffler, Münster
- 12. 5. Elisabeth Dierkes, Wuppertal
- 13. 5. Gertrud Koch, Remscheid
- 17. 5. Maria Panz, Mülheim

96. Geburtstag

- 13. 5. Hildegard Gronostey, Baesweiler

99. Geburtstag

- 20. 5. Wilhelm Breil, Bochum

101. Geburtstag

- 27. 5. Klara Bosbach, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Juni-Ausgabe ist der 6. Mai 2013.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: pinguin@gdp-service-nw.de

DU WIRBST 3.0 – Hauptgewinn geht nach Paderborn



auch in schwierigen Zeiten einen langen Atem hat. Und die Stärke wächst mit jedem neuen Mitglied.

Damit die GdP auch in Zukunft eine starke Interessensvertretung für die Beschäftigten bei der Polizei ist, hat der Landesbezirk vor zwei Jahren die Mitgliederaktion „Du wirbst!“ gestartet. Jeder, der für die GdP ein neues Mitglied aus dem Bestand wirbt, hat seitdem die Möglichkeit, regelmäßig an der Verlosung eines tollen Hauptpreises teilzunehmen. Denn

Engagement soll sich lohnen!

Für die GdP sind die Mitglieder das A und O. Denn nur mit einer starken Basis ist die GdP aktionsfähig und kann die Interessen ihrer Mitglieder nachhaltig vertreten – das haben uns die letzten Wochen wieder deutlich gezeigt. Sowohl die große Beteiligung der GdP-Mitglieder an der Tarifdemonstration am 6. März in Düsseldorf, als auch die vielen landesweiten Protestaktionen nach dem Wortbruch der Landesregierung zeigen, dass die GdP dank ihrer vielen Mitglieder

Vom 1. November 2012 bis zum 31. März 2013 ist die Mitgliederaktion „Du wirbst!“ in die dritte Runde gegangen. 181 Kolleginnen und Kollegen haben sich aktiv daran beteiligt. Als Gewinner wurde dieses Mal Jörg Reuter aus der Kreisgruppe Paderborn ermittelt. Er hat ein zweitägiges Wellnesswochenende für zwei Personen innerhalb Deutschlands gewonnen.

Die vierte Runde von „Du wirbst!“ startet im Sommer.



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Mai 2013



Spaniens Mittelmeerküste Barcelona & Valencia

1. - 8. November 2013



Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Düsseldorf nach Barcelona
- 7 Übernachtungen in 4*- Hotels (3x zentral in Barcelona und 4 x im Strandhotel in Peniscola)
- 7 x Frühstücksbuffet
- 4 x Abendessen im Hotel (4.-7. Tag)
- 1 Weinprobe in Penedes
- Transfers und Ausflüge im modernen Reisebus
- Örtliche Deutsch sprechende Reiseleitung
- alle gemäß dem Programm anfallenden Eintrittsgelder

**Reisepreis pro Person
im Doppelzimmer ab € 899,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

15. Mai, Senioren-Frühjahrswanderung entlang der Rur bei Monschau über Stock und Stein zum Kloster Reichenstein und zurück. Dauer 3 bis 4 Stunden, Selbstverpflegung, anschließend Kaffee und Kuchen, Treffpunkt: 11.00 Uhr, Parkplatz Drei Stegen an der Rur, Anfahrt über die B 258 von Aachen nach dem Ortsende Monschau vor der Rur-Brücke rechts

Kreisgruppe Coesfeld

29. Mai, Seniorenmitgliederversammlung, Treffpunkt: 14.30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Duisburg

22. Mai, Senioren-Tagesausflug, „Auf den Spuren von Konrad Adenauer“, es

geht nach Rhöndorf und Königswinter, Treffpunkt: 8.00 Uhr, Abfahrt PP Duisburg, 8.15 Uhr, Abfahrt Bahnhof Meiderich. Näheres im Seniorenkurier 2/13

Kreisgruppe Köln

10. Juli, Einladung von MdL Andreas Kossiski, Besuch im Landtag, Anmeldung bis 30. April unter senioren@gdp-koeln.de, Telefon 0 22 41/6 61 98, die Eigenbeteiligung beträgt 5,00 €

Kreisgruppe Köln

16. Mai, Informationstreffen, Landes-seniorenvorsitzender Bernhard Heckenkemper berichtet über „Alles über Versorgung, Beihilfe und Pflege“, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Glücksnummern des Monats

45 22434
Larissa Bendel, Aachen
45 20354
Theo Happe, Siegburg
45 19729
Andrea Schattling, Bielefeld
45 18362
Kathrin Oppenberg, Düsseldorf

Die Gewinner erhalten eine Cross-Bag „Modern Classic“.

Anzeige

PK (geh. D./A 9) aus Rheinland-Pfalz/PP Koblenz sucht gegen Umzugskostenbeitrag
Tauschpartner aus Nordrhein-Westfalen.

Beagle1002003@yahoo.de

GdP aktiv

1. 5., Mai-Demonstrationen des DGB. Die zentrale Mai-Kundgebung findet in diesem Jahr in Duisburg statt

3. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Lippe, 13.30 Uhr, bei Kaffee und Kuchen, IPA-Heim, Bentrup-Loßbruch. Im Anschluss wird gegrillt

14. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16.30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Str. 2, Goch

16. 5., Mitgliederversammlung der Frauengruppe, Kreisgruppe Essen/Mülheim, 16.00 Uhr, GdP-Büro, Norbertstr. 165, Essen

23. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 14.00 Uhr, PP Wuppertal, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228, Wuppertal

NACHRUF

Ursula Albert	8. 8. 1926	Euskirchen	Hildegard Lohmann	16. 2. 1927	Wesel
Manfred auf der Heiden	4. 12. 1936	Mettmann	Paul Lorenz	23. 12. 1932	Steinfurt
Mechtildis Beger	30. 9. 1914	Köln	Erhard Mannebeck	23. 6. 1934	Borken
Hannelore Besten-Spinner	17. 2. 1930	Gelsenkirchen	Peter Marx	8. 10. 1915	Köln
Helene Braun	6. 8. 1925	Köln	Ella Anni Münster	14. 9. 1919	Krefeld
Erika Brockmann	11. 1. 1916	Warendorf	Werner Nettekoven	15. 5. 1936	Bonn
Gertrud Claßen	7. 2. 1921	Mönchengladbach	Wolf Dieter Neubauer	6. 8. 1946	Erftkreis
Heinz Fierbeck	16. 3. 1940	Bochum	Mathilde Peters	12. 8. 1923	Viersen
Klaus Fleischer	14. 6. 1938	Soest	Waldemar Petersen	5. 8. 1924	Dortmund
Ralf Gandzior	3. 8. 1937	Krefeld	Siegfried Pitt	14. 9. 1934	Wesel
Alfred Haack	11. 11. 1942	Aachen	Reinhold Reckling	27. 2. 1924	Recklinghausen
Frank Hartmann	31. 5. 1963	Oberhausen	Edmund Reuber	28. 6. 1915	Dortmund
Georg Heidrich	9. 5. 1920	Selm	Cäcilia Romeicke	12. 9. 1931	Heinsberg
Hermann Heithoff	13. 12. 1933	Essen/Mülheim	Lothar Schiemann	28. 2. 1944	WSP NRW
Helmut Hennrichs	7. 10. 1939	Olpe	Otto Schneider	22. 12. 1933	Dortmund
Auguste Kaufmann	7. 10. 1930	Lippe	Heinrich Thomas	7. 12. 1932	BZ Brühl
Anna Kaus	1. 3. 1928	Gelsenkirchen	Ruth Tönnies	12. 2. 1920	Bonn
Lucie Kettner	31. 7. 1923	Mettmann	Horst Wagner	8. 5. 1939	Bonn
Ernst Knopp	23. 9. 1925	Düsseldorf	Werner Weber	19. 4. 1948	Recklinghausen
Anna Köppen	18. 4. 1928	Krefeld	Herbert Weismüller	1. 4. 1929	Essen/Mülheim
Marianne Koschmieder	18. 8. 1922	Aachen	Elfriede Wiese	8. 6. 1919	Euskirchen
Herbert Krabbenhöft	29. 7. 1927	Heinsberg	Rolf Wisniewski	25. 1. 1937	Kleve
Jürgen Landsberger	9. 5. 1938	Regio Köln	Bernhard Zickerick	2. 5. 1935	Märkischer Kreis
Gertrud Leopold	24. 10. 1920	Köln	Egon Zwanzig	25. 2. 1912	Duisburg
Henriette Leufgen	24. 8. 1919	Essen/Mülheim			

